

Verhöhnung der Wählerinnen und Wähler

Der Verfassungsgerichtshof - VGH - in Münster hat an CDU und FDP eine schallende Ohrfeige verteilt. Die noch in NRW regierenden Koalitionsparteien hatten den Versuch gestartet, den Kommunalwahltermin rechtswidrig mehr als vier Monate vor zu verlegen, um so die FDP zu stärken. Damit ist insbesondere Innenminister Ingo Wolf (FDP), der zum vierten Mal versucht hat, gegen die Verfassung zu regieren, nicht mehr tragbar.

Speziell die FDP befürchtet, bei Wahlen mit einer hohen Wahlbeteiligung (Bundestagswahl) schlechter abzuschneiden als bei Wahlen mit einer geringeren Wahlbeteiligung (Europawahl). Diesen taktischen Winkelzügen hat der Verfassungsgerichtshof eine Absage erteilt.

Bernd Hübner Kandidat der LINKEN in Marl, dazu: "Die derzeitigen kommunalen MandatsträgerInnen sind bis Ende Oktober gewählt und so lange dürfen sie ihre Mandate ausüben - nach den Vorstellungen von CDU

und FDP hätte es für vier Monate Ratsmitglieder gegeben, die zwar gewählt sind, aber ihre Mandate nicht ausüben dürfen. Eine Unverhältnismäßigkeit, die das Verfassungsgericht nicht bereit war zu dulden."

Die schwarz-gelbe Koalition plant nun eine Festlegung der Kommunalwahl auf den 30.8.09.

"Eine solche Festlegung wäre eine Fortsetzung der taktischen Spielchen der CDU/FDP Koalition und soll nur dem eigenen Vorteil dienen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Landesregierung den Kommunen insgesamt 42 Millionen Euro für einen zusätzlichen Wahltermin aufbürden will. Für DIE LINKE.marl kommt nur eine Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Bundestagswahl im September in Frage. Die Kommunalwahl kann von der traditionell hohen Wahlbeteiligung der Bundestagswahl nur profitieren. Was ist das für ein Demokratieverständnis, wenn CDU und FDP eine Wahl durchsetzen will die bewusst auf eine geringe Wahlbeteiligung abzielt", so Claudia Fleisch Bürgermeisterkandidatin der Linken in Marl.

Aktionstag der Bündnisplattform gegen Kinderarmut am 14. März 2009

Druck zeigt Wirkung – Nun nicht locker lassen und das Wissen über die Kürzungen weiter verbreiten! Die Initiatoren der Bündnisplattform rufen zu einem Aktionstag am 14. März 09 auf. Sie nehmen die beschlossene Veränderung des Regelsatzes für Kinder von 6 bis 13 Jahren und das Urteil des Bundessozialgerichts vom 27. Januar 09 zum Anlass, die Arbeit der Bündnisplattform gemeinsam mit allen Partnern zu verstärken Newsletter an alle UnterstützerInnen der Bündnisplattform gegen Kinderarmut durch Hartz IV: Die InitiatorInnen der Plattform rufen in dem Newsletter nicht nur zum Aktionstag am 14. März auf, sondern sie nehmen auch eine Bewertung des Bundessozialgerichtsurteils vor. Und sie bewerten ebenfalls den Schritt der Bundesregierung, den Regelsatz für 6- bis 13-jährige Kinder von 60 auf 70 Prozent wieder anzuheben.

**EIN
HARTZ FÜR
KINDER**



www.kinderarmut-durch-hartz4.de

Impressum und Kontakt:

- DIE LINKE.marl
- Postfach 300154
- 45760 Marl
- 0177/5383060
- www.dielinke-marl.de
- Mail: info@dielinke-marl



**8 Euro Mindestlohn.
Gesetzlich garantiert.**

V.i.S.d.P.:
Jürgen
Fleisch

Herzlichen
Glückwunsch
zum
Internationalen
Frauentag am
08.März 2009



Tribunal zum Internationalen Frauentag

In der Krise sind sie die ersten, die rausfliegen: die sogenannten prekären Beschäftigten. Gegenüber den "Normalbeschäftigten" sind sie ständig im Nachteil und sie werden oft noch nicht einmal zur Belegschaft gezählt." Sie dienen als personeller Puffer, damit Unternehmen in Zeiten höheren Arbeitsaufkommens heuern und bei Produktionsrückgang schnell wieder feuern können. "Prekär arbeiten" bedeutet für die betroffenen Menschen einen ständigen Wechsel zwischen Zeiten mit und ohne Arbeit, ein Leben in ständiger Geldnot und Herabwürdigung. In Beschäftigungsformen ausgedrückt handelt es sich um LeitarbeitnehmerInnen, befristete Beschäftigte, MinilöhnerInnen, Teilzeitbeschäftigte, ständig bedroht durch Hartz IV mit dem Zwang zur 1-Euro-Arbeit und die Aussicht, noch weiter abzurutschen. Frauen nehmen eine besonders große Gruppe unter den Betroffenen ein.

Am 7. März 2009 ab 13:00Uhr veranstaltet die LINKE in Dortmund, Schwanenwall (Reinoldinum) ein halbtägiges Tribunal zum Internationalen Frauentag. Im Tribunal werden alle Rollen eines üblichen Gerichtsverfahrens besetzt sein. Das Tribunal ist öffentlich und auch die ZuschauerInnen - das ist anders als in der Gerichtswirklichkeit - werden eine Rolle bekommen. Es wird spannend werden, also auf nach Dortmund.

Schutzschirm für Menschen



»Wir wollen keinen Schutzschirm für Banken und Spekulanten, wir wollen einen Schutzschirm für Menschen«, fordert Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, angesichts der immer neuen Hiobsbotschaften aus den Unternehmen. Die Fraktion DIE LINKE fordert dazu ein Verbot von Massenentlassungen aufgrund der Finanzmarktkrise, die Schaffung von mindestens 1.000.000 Arbeitsplätzen durch öffentliche Beschäftigungsprogramme, außerdem Belegschaftsbeteiligungen, Arbeitszeitverkürzung, Verlängerung des Bezugszeitraumes von ALG I und die Erhöhung des ALG II.